

**Auf dem Weg
der
Erneuerung**



PDS

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 8

**Traditionen der Arbeiterbewegung
und die PDS-Programmatik**

Teil 1

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 8/1

Traditionen der Arbeiterbewegung und die PDS-Programmatik

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte beim Landes-
vorstand Brandenburg der PDS

Autoren der einzelnen Beiträge:

Teil 1:

Dr. habil. Rosemarie Preuß - Vorwort

Prof. Dr. Heinz Niemann

Teil 2:

Prof. Dr. Klaus Kinner

Prof. Dr. Siegfried Prokop

Redaktionsschluss: Oktober 2000

Satz und Layout: Reinhard Frank

Vorbemerkung

In der Wortmeldung von Vertretern der Historischen Kommission der PDS zur Programmdebatte heißt es u.a.: „dass die PDS gut beraten wäre, die in ihren Reihen vorhandene Kompetenz in Fragen Geschichte auszuschöpfen oder wenigstens in Anspruch zu nehmen.“

In der folgenden Veröffentlichung kommen kompetente Historiker, die sich mit verschiedenen Perioden und Gegenständen der Geschichte der Arbeiterbewegung beschäftigen, die für die Programmdebatte in der PDS relevant sein können, zu Wort.

Die erregte Diskussion in der Zeitung „Neues Deutschland“ zu Eduard Bernstein nutzt

Heinz Niemann u.a. als Aufhänger, um zu prüfen, „inwieweit es berechtigt und nützlich sein könnte, sich mit dem Wirken Bernsteins, dieses Schülers und Freundes von Friedrich Engels, nochmals tiefgründiger zu befassen.“ Anregung dazu kam auch von Lothar Bisky auf dem Münsteraner Parteitag der PDS, der sich Rosa Luxemburg und Bernstein ohne ihre Fehler als Ideengeber des zukünftigen Programms wünschte.

Niemann zeichnet ein differenziertes Bild des Lebens und Wirkens E. Bernsteins, seiner Herkunft, seiner Persönlichkeitsentwicklung, seiner Stellung und Tätigkeit in der Sozialdemokratischen Partei, seiner Beziehungen zu den Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und vor allem seiner widersprüchlichen theoretischen Auffassungen, die Bernstein in einzelnen Artikeln, nicht in einem Gesamtwerk äußerte. Neben der Auseinandersetzung mit der Gesellschaftsstrategie Bernsteins, die „der objektiven Widersprüchlichkeit und der im historischen Prozess angelegten Alternativität“ nicht Rechnung trug, arbeitet Niemann heraus, welche Gedanken Bernsteins von bleibendem Wert sind und von der PDS bewusst in ihre Tradition einbezogen werden sollten.

Schließlich setzt sich der Autor mit der gegenwärtigen theoretischen Konfrontation, die die Programmdebatte in der PDS in vielen Punkten zeigt, auseinander. Seine Position zu Weg, Zweck, Mittel und Ziel einer Partei des demokratischen Sozialismus lautet: „Eine Partei, die sozialistische System-Opposition aus theoretischer, ethisch-moralischer und historisch und praktisch gestützter Überzeugung bleiben will, also den Namen Sozialistische Partei wirklich verdient, muss ihre hier und heute zu leistende Reformarbeit so gestalten, dass die Reform sowohl Zweck (aktuelle Interessenvertretung) als auch Mittel (Masseneinfluss sichern) ist, weil man im Interesse der Sicherung bisher erreichter Fortschritte und kommenden Generationen das Ziel nicht aufgeben darf, welches nur mit Hilfe

einer solchen Mehrheit erreichbar und gestaltbar ist. Demokratischer Sozialismus wird nur möglich, wenn man die Demokratie und den Sozialismus als Weg, Zweck, Mittel und Ziel begreift.

Klaus Kinner widmet sich in seinem Beitrag der Geschichte der KPD in der Weimarer Zeit. Der Autor charakterisiert zunächst die Wirkung der russischen Revolution 1917 als „Initialzündung für einen revolutionären Prozess, der erstmals den Weltkapitalismus erschütterte“, ihn aber gleichzeitig herausforderte, seine regenerativen Kräfte zu mobilisieren. Er vermittelt einen differenzierten Einblick in die Auseinandersetzungen in der KPD um eine den inneren und äußeren Bedingungen gerecht werdende Strategie und Politik. Der Grundkonflikt dieser Auseinandersetzungen in der KPD der 20er Jahre bestand zwischen dem Festhalten an der Revolutionstheorie, verbunden mit revolutionärer Ungeduld und Überschätzung der revolutionären Möglichkeiten einerseits und dem Betreiben einer Realpolitik unter den gegebenen Bedingungen andererseits. Für ein linkssozialistisch-demokratisches Politikverständnis stand Paul Levi. Das fand u.a. seinen Ausdruck im „Offenen Brief“ der VKPD an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien vom 8. Januar 1921, der realistische Angebote zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Kapitaloffensive unterbreitete. Damit erfolgte ein Schritt „in die Richtung einer an den Tagesaufgaben und Tagesnöten der Werktätigen orientierten Politik, die gleichzeitig ihren revolutionären, antikapitalistischen Anspruch nicht preisgab“. Levi verfolgte mit dieser Politik das Ziel, eine möglichst breite linkssozialistische Strömung in der Arbeiterbewegung zusammen zu führen. Diese Politik stieß auf den Widerstand der Vertreter des „bolschewistisch-avantgardistischen Revolutions- und Parteikonzepts“ in der Kommintern und VKPD. Die Auseinandersetzungen mit der „Offensivtheorie“ und dem avantgardistischen Parteikonzept endete mit einer Niederlage Levis. Als weitere Beispiele für Realpolitik werden Konzepte der Einheitsfrontpolitik und das Ringen um Arbeiterregierungen bis 1923 genannt.

Die Niederlage des „deutschen Oktober“ 1923 stellte nach Auffassung des Autors die kommunistische Bewegung erneut vor die Frage nach Politikmöglichkeiten in nicht revolutionärer Zeit. In der weiteren Darstellung der Politik der KPD bis zum 12. Parteitag 1929 wird verdeutlicht, dass die fortgesetzten innerparteilichen Auseinandersetzungen Kräfte der Partei banden und die Massenwirksamkeit minderten. Andererseits zeigte u.a. die Kampagne um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten 1926 die Möglichkeit einheitlicher Aktionen der Arbeiterbewegung in Verbindung mit anderen demokratischen Kräften.

Diese Möglichkeiten wurden jedoch durch einen erneuten Linkskurs des EKKI 1928 und eine eigenständige Linksradikalisierung in

der KPD beeinträchtigt. Die in diesem Klima entstandene Sozialfaschismusthese, die „falsch und irreführend Sozialdemokratie und Faschismus gleichsetzte“, wertet Kinner als für die kommunistische Bewegung selbstzerstörerisch. Sie blockierte „den Zugang zu einer wirksamen Einheitsfrontpolitik, einer Realpolitik, die – zumal in Deutschland – nicht gegen die Sozialdemokratie zu haben war.“

Siegfried Prokop diskutiert in seinem Beitrag die Parteiprogramme der SED. Die „Grundsätze und Ziele der SED“ von 1946 (nachträglich in den Rang eines Parteiprogramms erhoben) beruhten auf dem Konsens von KPD und SPD. Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Partei wurden so formuliert, „dass sie als sozialistische Perspektive glaubhaft und tragbar erschienen“.

Die Gegenwartsaufgaben orientierten auf die Fortsetzung der 1945 begonnenen antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen, die Zukunftsaufgaben auf „die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. Dieses Ziel ... kann nur durch den Sozialismus erreicht werden.“ Das Wesen des Sozialismus wurde in der Verwandlung des kapitalistischen in gesellschaftliches Eigentum gesehen. In der nationalen Frage orientierten die „Grundsätze ...“ auf die deutsche Einheit, abhängig von der Einheit der sozialistischen Bewegung.

Das 1963 beschlossene Parteiprogramm konstatierte den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und orientierte auf den umfassenden Aufbau des Sozialismus. Damit wurden, so der Autor, verschiedene Eigentumsformen als nicht im Widerspruch zum Sozialismus stehend angesehen. Kritisch wird vermerkt, dass der volkseigene Sektor lediglich Staatseigentum repräsentierte. Damit war die Forderung der „Grundsätze und Ziele“, gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln zu schaffen noch nicht realisiert. Als Leistung der SED hebt Prokop hervor, dass im Programm 1963 der Sozialismus als eigenständige Entwicklungsphase charakterisiert wird.

Das Programm von 1976 wird sehr kritisch bewertet. Dem Programm fehlt nach Meinung des Autors die Innovation. Defizite in der Demokratie- und Eigentumsfrage werden nicht ausgefüllt. Es erfolgte eine Rücknahme schon erreichter Erkenntnisse.

Prokop schätzt ein, dass die sieben Seiten „Grundsätze und Ziele“ mehr Substanz bargen als die wesentlich umfangreicheren Programme von 1963 und 1976.

In den Beiträgen der drei Autoren gibt es aus historischer Sicht viele Anregungen zum nachdenken über Wurzeln und Traditionen der PDS, über Wege, Zweck, Mittel und Ziele der Partei.

Rosi Preuß

Heinz Niemann

Zu Eduard Bernsteins Rolle im Revisionismusstreit. Historisches und Aktuelles

I.

Wenn in einer sozialistischen Tageszeitung plötzlich gleich mehrere Lobeshymnen auf einen Mann wie Eduard Bernstein erscheinen und gleichzeitig in der dieser Zeitung nahestehenden Partei eine Programmdebatte stattfindet, lässt das aufhorchen. Erregte Leser meldeten sich zu Wort. Für solche Erregung gibt es Gründe. Es sind vor allem zwei. Der erste dürfte das bisherige, - wie zu beweisen sein wird - einseitige, z.T. verzerrte Bernsteinbild sein, welches die SED- Historiografie vermittelt hat. Zweitens gibt es bereits jetzt sichtbare Berührungspunkte einiger Programmthesen mit Ansichten des als "Stammvater des Revisionismus" geltenden Eduard Bernstein, was kritische ostdeutsche Leser schon deshalb überraschen dürfte, als westdeutsche Publikationen aus Vorwendezeiten hierzulande kaum wahrgenommen werden konnten, die ein viel differenzierteres Bild seines Denkens vermitteln.⁽¹⁾ Abwehrreaktionen haben m.E. noch einen weiteren Grund.

Und zwar kommt etwas hinzu, was auf den ersten Blick gar nichts mit der Programmdebatte zu tun zu haben scheint: der inzwischen abgewiesene Leitantrag des PV zur Frage der Einzelfallprüfung bei Kampfeinsätzen von UNO-Truppen. Ein nicht unerheblicher Teil der Delegierten (und der Mitglieder und Sympathisanten der PDS) glaubt m.E. nicht völlig zu Unrecht einen Zusammenhang zwischen diesem, scheinbar rein friedenspolitischen Antrag und der Absicht der PV-Mehrheit zu sehen, die PDS durch eine programmatische Wende reif für eine Koalition auf Bundesebene machen zu können. Insofern wäre die Freiräumung des Weges durch diesen PV-Antrag der Einstieg in eine veränderte Programmatik gewesen, die die PDS zur systemkonformen Partei der Sozialreform und damit ähnlich wie die SPD durch Godesberg regierungsfähig gemacht worden. Das wird vehement bestritten, weil einige Voraussetzungen unklar zu sein scheinen und darum wird zweifelsohne der Streit weitergehen. Damals, zu Kaisers Zeiten, begann der tiefgreifende Konflikt in der Sozialdemokratie über die scheinbar so simple Frage, ob die Reichstagsabgeordneten der Partei beim traditionellen Kaiserhoch zukünftig im Saale bleiben sollten oder wie bisher nicht. Ganz abgesehen davon, dass - wie damals - der Fraktion eine über den sonstigen Parteigremien stehendes Recht eingeräumt würde.

Im folgenden soll geprüft werden, inwieweit es berechtigt und nützlich sein könnte, sich mit dem Wirken Bernsteins, dieses Schülers und Freundes von Friedrich Engels nochmals tiefgründiger zu befassen. Lothar Bisky hat auf dem Münsteraner Parteitag gesagt, er wünsche sich Rosa Luxemburg und Bernstein ohne ihre Fehler als Ideengeber des zukünftigen Programms. Also will er doch nicht ganz ohne 'ideologische Altstoffsammler' (L. Bisky) auskommen. Ob dem allen ein hinreichend genaues Bild Bernsteinschen Denkens zugrunde liegt, scheint nicht ganz sicher.

Allein die Tatsache, dass Eduard Bernstein an zwei Programmen der Sozialdemokratie, dem Erfurter von 1891 und dem Görlitzer von 1921 wesentlich beteiligt war, rechtfertigt allerdings einen solchen Rückgriff.

Leider gibt es bis heute keine Biografie dieses sonst so viel zitierten Denkers, was deshalb zu bedauern ist, weil seine Herkunft, Persönlichkeit und sein Werdegang manches in seinem widersprüchlichen Lebenswerk erklären könnten, denn auch Programme werden von konkreten Menschen verfasst, die unter vorgefundenen Umständen leben, denken, schreiben und handeln müssen, aber dies tun sie selbst.

1850 in Berlin als siebtes Kind einer in ärmlichen Verhältnissen lebenden kleinbürgerlich-jüdischen Familie geboren, kann der Vater, ein Rangierlokomotivführer am Anhalter Bahnhof, seinem Sohn nur mit großer Mühe und dank der Unterstützung eines Onkels, des Redakteurs der liberal-demokratischen 'Volks-Zeitung', Aaron Bernstein, den Besuch des Gymnasiums ermöglichen, das der Sechzehnjährige zwar ohne Abitur, so doch mit dem Zeugnis für den einjährigen Militärdienst verlässt. Die geistig anregende Atmosphäre in der Familie veranlasst den eine Bankkaufmannslehre absolvierenden jungen Mann, sich intensiver mit dem politischen Geschehen - anfänglich unter dem Einfluss seines Onkels - zu befassen. Unter dem Eindruck des deutsch-französischen Krieges und nach der Teilnahme an einer Versammlung mit Bebel, dessen charismatische Führerfigur ihn zutiefst beeindruckt, trat er 1872 der SDAPD bei und stürzte sich neben seiner Arbeit als Bankangestellter bald als sich verhaspelnder und belächelter Redner und kleiner Funktionär in das Parteileben. Er muss erkennen, dass ihm zum Volkstribunen, ja selbst zum anerkannten Funktionär alle äußeren persönlichen Voraussetzungen fehlen. So wählt er den Schreibtisch zu seinem hauptsächlichen Kampffeld. Sein Sozialismusbild wurde von Eugen Dühring stark beeinflusst und er teilt die verschwommenen Ansichten und den jugendlichen Überschwang der Eisenacher. Er nimmt an den Vorberatungen zum Vereinigungsparteitag mit dem

lassalleanischen ADAV in Gotha (1875) teil und erfährt in stürmischen Arbeiterversammlungen, was ihm später Marx im Begleitbrief an Bracke zu seiner Programmkritik zu bestätigen scheint und sich in seinem Kopf festsetzt: 'Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme'. Der Kompromiss von Gotha ist für ihn ein Grunderlebnis, zumal ihm das im Programm dominierende Lassallesche Gedankengut entgegenkommt. Kurz vor Inkrafttreten des Sozialistengesetzes 1878 geht er in die Schweiz und wird Privatsekretär bei dem ethischen Sozialisten Karl Höchberg, einem rastlos für seine Ideen tätigen und sein ganzes beträchtliches persönliches Vermögen selbstlos in den Dienst der Partei stellenden Publizisten, der aber in dem Irrglauben befangen war, namhafte Kreise der herrschenden Klasse von der Idee der sozialen Gerechtigkeit überzeugen und für ein Bündnis gewinnen zu können. Hier dürfte der Ansatzpunkt liegen, dass Bernstein später den Gegensatz von 'arm und reich' und 'unten und oben' an die Stelle des kapitalistischen Grundwiderspruchs von Arbeit und Kapital setzte.

Als auf einen Grundsatzartikel von Höchberg, Schramm und ihm, obwohl nur mit wenigen Sätzen beteiligt, eine massive Kritik an dem darin propagierten Gefühlssozialismus durch Marx und Engels am 'Zürcher Dreigestirn' erfolgte (Zirkularbrief) und wenig später 1879 der 'Anti-Dühring' erscheint, löst er sich von seinen bisherigen Ansichten und wird zu einem ausgesprochen eifrigen Verfechter der marxistischen Positionen. Der Nachweis, dass der Appell an Recht und Moral eine verständliche Begleiterscheinung des Kampfes der Klassen innerhalb einer antagonistischen Gesellschaft ist, aber keine zwingende Begründung für ihre Ablösung durch eine andere, überzeugt ihn. Engels Darlegung der Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft, "die neu hervortretenden gesellschaftlichen Missstände als notwendige Folgen der bestehenden Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen, und innerhalb der sich auflösenden ökonomischen Bewegungsform die Elemente der zukünftigen, jene Missstände beseitigenden, neuen Organisation der Produktion und des Austauschs aufzudecken," faszinieren ihn. Er will dabei sein und mit den stärkeren Bataillonen marschieren, die er nach einem ihn beeindruckenden Besuch im Oktober 1880 bei Marx und Engels sieht, zu dem ihn Bebel mitgenommen hatte. Die befürworten, dass er die Leitung des neuen Zentralorgans, den seit dem 28. Sept. 1880 in Zürich erscheinenden 'Sozialdemokrat' übernimmt, der unter Bernstein von nun an eine konsequent marxistische Linie verfolgte. Er genießt seine Stellung und das Vertrauen der beiden Überväter, auch, weil er sich sonst oft mehr als tatsächlich begründet antisemitischen Stimmungen - insbesondere unter den 'Gebildeten' der

Partei, die ihm - "dem Juden aus Zürich" - die Flügel stützen wollten, wie er 1883 Bebel schrieb - ausgesetzt glaubt. Ebenso dürfte für Bernsteins spätere Entwicklung eine Rolle gespielt haben, dass Bebels Verhältnis zu ihm, obwohl er ihn fördert, kühl blieb. Der bemängelte in Briefen an Motteler und Schlüter an seinem Redakteur mangelnden Mut, Phlegma und sogar ungenügenden Fleiß, dafür sei er 'guthansig', was wohl 'gutgläubig' und leicht beeinflussbar heißen sollte und wie sich in seinen wandelnden Auffassungen in verschiedenen Fragen der Theorie und Politik zeigte, zu einer zu raschen Empfänglichkeit gegenüber dem ideologischen Zeitgeist führte.

'Ede solle weniger Geschichten erzählen, sich dafür mehr um die Druckerei kümmern,' maulte sein Parteivorsitzender. Bernstein hingegen nervte Bebels Hang zu Prophezeiungen und unrealistischen Erwartungen, was das baldige Herannahen des Zusammenbruchs und der Revolution 'spätestens in zwanzig Jahren' anbetraf. Gegenüber Engels beteuert er jedoch seine absolute Loyalität zu Bebel, der unbestrittenen Autorität der Partei, den er immer wieder nicht ohne Neid als umjubelten Führer auf Parteitag in der Schweiz und in Arbeiterversammlungen erlebt.

Mit den Reichstagswahlen 1881 begann ein Aufschwung der verbotenen Partei, die - nicht zuletzt durch die klassenkämpferische Agitation der eingeschmuggelten Zeitung, die Bernstein in ständigem engen Kontakt mit Engels redigierte - ständig an Wählerstimmen und Abgeordneten zunimmt. In der anwachsenden Fraktion gewannen allerdings die 'unsicheren Kantonisten' (Engels) die Mehrheit, worunter nicht nur Engels jene Mandatsträger und Funktionäre verstand, die auf Grund ihrer persönlichen Situation bereit waren, ihren Frieden mit den Umständen zu machen.

Auch nach Bernsteins Ausweisung im April 1888 aus der Schweiz auf deutschen Druck hin und seiner Übersiedlung nach London trug er die Verantwortung für den 'Sozialdemokrat', diesem wichtigsten Bindeglied zur Mitgliedschaft. Franz Mehring, selbst erst 1881 zur Sozialdemokratie konvertiert, schrieb darüber:

"Bernstein hat es verstanden, das Blatt als Organ der Gesamtpartei zu erhalten und ihm zugleich eine bestimmte, feste, klare Richtung zu geben, die allen taktischen Anforderungen gerecht wurde, ohne doch das Prinzip zu verletzen. Fast in keiner, jedenfalls in keiner entscheidenden Frage, die der politische Tageskampf eines Jahrzehnts aufwarf, ist der 'Sozialdemokrat' auf einen Seitenweg abgeirrt. Aus seiner agitatorischen Zeit war Bernstein viel zu vertraut mit den Bedingungen des proletarischen Klassenkampfes, um sie je zu verkennen, aber gründlich und langsam schaffend, eine nach-

denkliche Natur, selbst mit einem leisen Anflug von Skepsis, der das relative Recht der Gegner eher zu hoch als zu niedrig einschätzte, liebte er den Kampf nicht um des Kampfes willen, war er stets zu jeder fruchtbaren Diskussion bereit. Beraten von Engels, hat Bernstein durch seine Leitung des 'Sozialdemokraten' mindestens ebensoviel zur theoretischen Aufklärung der deutschen Arbeiterklasse beigetragen wie zu ihrer praktischen Schulung."⁽²⁾

Leider verblasste die Vertrautheit mit den Bedingungen des Klassenkampfes im imperialistischen Wilhelminischen Deutschland unter den liberaleren Verhältnissen Englands (hinsichtlich des Vereins- und Versammlungsrechts und des Arbeitsschutzes, den dank des kolonialen Extraprofits besseren Einkommens einer begrenzten Schicht der Arbeiterklasse) und unter starkem Einfluss des mit ihm befreundeten Ehepaares Webb - die zu Lord und Lady Passfield werden- und von anderen führenden Fabiern wie H. G. Wells und G. B. Shaw, von Engels ironisch als 'die jebildeten Sozialisten' belächelt, als auch des Bankiers Pease, des Kathedersozialisten Wallas und des reichen Fabrikanten Morris, die einen reformerischen und genossenschaftlichen Weg zum (Gilden-)Sozialismus vertreten, sodass er Deutschland zunehmend mit der "englischen Brille" (R. Luxemburg) sieht. Auch Engels bemerkt in einem Brief an Kautsky, dass sich 'Ede' durch Artikel "schon hinreichend in den Ruf eines Mannes gebracht hat, der die Fühlung mit den Massen verloren hat, und von außen her, aus der Studierstube, doktrinär über Fragen der unmittelbaren Praxis räsoniert."⁽³⁾ Noch aber steht er öffentlich gegen die Verfechter einer reformistischen Linie der Parteirechten wie Georg von Vollmar, Auer, Schramm, David u.a. Während Kautskys Grundsatzteil des Erfurter Programms von 1891 den Sieg des Marxismus dokumentieren sollte, schreibt Bernstein - mit wenigen unwesentlichen Korrekturvorschlägen zum Grundsatzteil - den praktischen Forderungskatalog des zweiten Teils.⁽⁴⁾ Erst nach Engels Tod und mit der ihm verliehenen Autorität als einer der drei Nachlaßverwalter von Marx und Engels wagt er es, seinem Hang nach einer pragmatischen, wieder stärker moralisch fundierten Politik nachzugeben und er beginnt mit der Veröffentlichung seiner fünf berühmt-berüchtigten Artikel 'Probleme des Sozialismus. Eigenes und Übersetztes'. Auch jetzt folgt er weniger einem selbstcouragierten Trieb als vielmehr dem, was er als hauptsächlichen Trend in der Partei zu erkennen glaubt. Vollmar sprach dies (in Vorbereitung des Hannoverschen Parteitages im September 1899) klar aus:

"Die Gedanken, welche unter dem Namen Bernsteins bekämpft oder verteidigt werden, sind indessen keineswegs Eigentum Bernsteins. Sie sind seit Jahren bereits in Deutschland vertreten und

umstritten. Die Ideen, die Bernstein ...in seiner bekannten Schrift produziert hat, sind in der Partei lange lebendig gewesen, Bernstein hat ihnen nur die Form gegeben, nur die Zusammenfassung ist von ihm."⁽⁵⁾ Bernstein habe sich nur zum "Mundstück der Selbstkritik der Partei" gemacht. Mehr als fünf Jahre sollte er damit die innerparteilichen Debatten bestimmen, Jahre, in denen er auch in engen Kontakt mit R. Mac Donald kommt, (mit dem er bis 1929, als der zum zweiten Mal britischer Premierminister wird, brieflich verkehrt).

Bernsteins Name wurde nun zum Synonym des Reformflügels und er zum Stammvater des Revisionismus ernannt, hinter dessen schmalen Rücken sich die Praktiker möglichst versteckten. Als er Anfang 1901 nach Deutschland zurückkehrt - Reichskanzler von Bülow hatte den Haftbefehl aufgehoben, weil er sich durch Bernsteins direkte Präsenz eine Spaltung der Sozialdemokratie erhoffte - gerät er voll ins Visier von Bebel und der anderen marxistischen Theoretiker, die ihn nach allen Regeln der dialektischen Kunst auseinandernehmen.⁽⁶⁾ Manche seiner bisherigen Anhänger wenden sich ab, zumal dann, wenn sie ihren Helden - wie Lily Braun es in ihren Erinnerungen schildert - als schwächtiges und konfus stammelndes Männchen erleben, der vor lauter Bedenken und Wenn und Aber zu seinen eigenen Gedanken verunsichert mit seinem Kneifer kämpft.

So lässt sein öffentliches agitatorisches Eiferertum bald nach und er bemüht sich um ein Reichstagsmandat - nicht zufällig in Baden, wo der revisionistische Flügel schon den Ton angibt. In der Reichstagsfraktion zieht er sich auf die Gebiete der Steuer- und Finanz- sowie der Außenpolitik zurück. Seine zahlreichen Artikel und Vor- und Nachwörter zu anderen Büchern und Übersetzungen, die seinen Intentionen entsprechen, erregen nun weniger Aufmerksamkeit. Erst im Krieg durch den gemeinsam von ihm, Hugo Haase und Karl Kautsky veröffentlichten Aufruf 'Das Gebot der Stunde', in dem sie sich gegen die Fortführung des Krieges als Eroberungskrieg wenden⁽⁷⁾ und im Rahmen der Programmdebatten 1920/21 wird er nochmals öffentlichkeitswirksam, ohne seine ehemalige Resonanz wiederzuerlangen. Schon durch seine Haltung im Weltkrieg war er vielen auch seiner Anhänger suspekt geworden. (Er stimmte als einer der ersten nach K. Liebknecht und O. Rühle im Herbst 1914 gegen die Kriegskredite und trat unter Beibehaltung seiner SPD-Mitgliedschaft der USPD bei.) Vergeblich auch sein Kampf gegen die Leugnung der hauptsächlichen Kriegsschuld Deutschlands durch die SPD-Mehrheit, in dessen Ergebnis er nach 1918 immer mehr in die Isolierung geriet. Auf dem Parteitag 1919 erhielt er bei der Wahl zum Parteivorstand ganze 8 von 376 Stimmen.⁽⁸⁾

Der durchschlagende Erfolg, den man seinen Auffassungen mit der Annahme des einem neokantianistisch-ethischen Sozialismusbegriff verhafteten Görlitzer Parteiprogramms 1921 bescheinigte, hat ihn nicht recht freuen können. Mochte er sich auch nicht offen eingestehen, dass der Weltkrieg und der Ausbruch der Revolution seine Grundthese von einer katastrophenfremen Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer allmählichen Transformation erstmalig verhöhnt hatte, so war für ihn das völlige Scheitern der Sozialisierung und der Weg in die Koalition mit der großbürgerlichen Volkspartei (DVP) als Folge des Verzichts auf tiefgreifend Eingriffe in das großkapitalistische Eigentum und die Herrschaft der hohen Staatsbürokratie bedrückend. Er hatte sich mehr Entgegenkommen der bürgerlichen Liberalen erwartet. Auch musste er sich eingestehen, dass solche wichtigen Forderungen des Erfurter Programms wie der Achtsturentag und die demokratische Republik Ergebnisse einer Revolution und nicht einer allmählichen Transformation gewesen sind. Unter dem Eindruck der Revolution betont er die Rolle der Arbeiterklasse für den Sozialismus und definiert: " Der Sozialismus ist die Summe der sozialen Forderungen und naturgemäßen Bestrebungen der zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und der Aufgaben ihrer Klasse gelangten Arbeiter in der modernen kapitalistischen Gesellschaft."⁽⁹⁾ Liest man seine Rede zur Begründung des Programmentwurfs auf dem Parteitag 1921, so klingt seine Behauptung, dieses verkörpere angewandten Marxismus, geradezu wie eine Selbstbeschwörung. Das schwächliche Betriebsrätegesetz musste ihm als Beleg für Fortschritte bei der Sozialisierung herhalten, für die er eigentlich ein viel weiter gehendes Schema erdacht hatte:

1. Die Sozialisierung der Rohstoffgewinnung (Bodenschätze) sowie öffentlicher Einrichtungen;
2. den industriellen Sektor der Halbfabrikatproduktion insbesondere durch Monopolbetriebe und
3. schließlich die staatliche Beteiligung an anderen Betrieben des Konsum- und Fertigwarenbereichs.

Dabei sollte die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung ausgebaut und Formen der Gewinnbeteiligung erprobt werden, alles unter dem Vorbehalt garantierter wirtschaftlicher Effektivität. Sehr ernst wurde er nicht mehr genommen und erst in den zwanziger Jahren werden seine Überlegungen im Konzept der Wirtschaftsdemokratie teilweise aufgegriffen.⁽¹⁰⁾ Die praktische Politik der SPD aber war längst über seine Positionen hinausgegangen. Letztmalig hält er einen kurzen, nichtssagenden Diskussionsbeitrag zur Außenpolitik auf dem Parteitag 1922. Um den einstigen Vielschreiber

wird es nun auch noch menschlich einsam. Zu Vorlesungen, die er 1923/24 hält, kommen nur eine Handvoll interessierter Hörer. Bis 1928 belässt man ihm zwar sein Reichstagsmandat, aber als sozialistischer Theoretiker ist er 'unmodern' geworden. Als er gedrängt wird, sein Mandat aufzugeben, gerät er in Not und muss den Parteivorstand um finanzielle Unterstützung bitten, da er als stets bescheiden gebliebener Mann keinerlei Vermögen angehäuft hatte. Er hatte bereits 1924 widerwillig seine Engels-Briefe an das Moskauer Parteiarchiv aus Geldnot verkaufen müssen. Seine 1926 und 1928 erscheinenden Erinnerungen bleiben ohne Resonanz. Es war nicht die Sättigung des Angekommenen, die ihn in seinem reformerischen Denken getrieben hatte. Als er 1932 mit 82 Jahren stirbt, bietet die von der Krise geschüttelte Republik erneut brutalen Anschauungsunterricht, wie sehr seine Erwartungen getäuscht hatten. Seine Theorie erlebte gerade ihr zweites Fiasko angesichts der eingetretenen Weltwirtschaftskrise und der drohenden faschistischen Gefahr, die er leidenschaftlich gehasst hatte. Seine Partei erwies sich nun nicht einmal mehr in der Lage, dieser der Republik drohenden Gefahr zu widerstehen, auch weil sie in und nach der Novemberrevolution bei der Entmachtung der alten in Wirtschaft, Reichswehr und Staatsbürokratie herrschenden Klasse versagt hatte, was Bernstein oft genug beklagt hatte. Der mit der Weimarer Republik erkämpfte Verfassungsstaat war in den Händen der alten Mächte geblieben, die nun sogar die bürgerliche Demokratie an die Nazis auslieferten. Marx und Engels Befürchtung, dass eine allmähliche Transformation letztlich scheitern müsste, weil die alte herrschende Klasse bei sichtbarer Bedrohung ihrer Herrschaft dies mit allen, auch offen diktatorischen Mitteln verhindern würde, wurde bestätigt und gab den Kritikern Bernsteins in dieser existenziellen Frage bisher recht. (Die defensive Position Bernsteins in der Massenstreikfrage kam nicht zum Tragen. Sie war fester Bestandteil im Linzer Programm 1926 der SPÖ, bei der SAP 1931 und in den SED-Grundsätzen und Zielen von 1946.)

II.

E. Bernstein hat ein in sich widersprüchliches theoretisches Erbe, mehr ein unvollständiges Puzzle von anregenden Versatzstücken hinterlassen, die er - der kein Wissenschaftler im strengen Sinne, "kein Universitätsmensch", wie Engels an Ignaz Auer schrieb, gewesen war - auch nie die theoretischen Grundlagen seines Handlungskonzeptes zusammenhängend und systematisch entfaltet hat.⁽¹¹⁾

Alle seine Aufsehen erregenden wichtigen Artikel und Broschüren entstanden hauptsächlich in den wenigen Jahren nach Engels Tod und unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Deutschland. Von Anfang an wurden seine Ansichten von verschiedenen Kräften missbraucht und fehlinterpretiert. Daran trug Bernstein selbst einen Teil Schuld, weil er sich oft zweideutig, unscharf ausdrückte, er nie sagte, ob er Marxsche Auffassungen für nicht mehr zeitgemäß, ergänzungsbedürftig oder grundsätzlich für falsch halte und so seine Anhänger - wie Kautsky sarkastisch bemerkte - 'sein Buch auf die verschiedensten Arten auffassen'. Deshalb schrieb er für den Stuttgarter Parteitag einen ausführlichen Brief, den Bebel vortrug, womit der - wahrlich ungewollt - Bernsteins Gedanken bei manchen Delegierten zusätzliches Gewicht verlieh. Aber Unsicherheit blieb. Kautsky hatte ihn deshalb 1899 ermahnen müssen, seine Ansichten in dieser Broschüre 'Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie' überhaupt einigermaßen zusammenhängend darzulegen. Die bürgerliche Presse tat alles in ihren Möglichkeiten stehende, um seine Auffassungen als gegen den wissenschaftlichen Sozialismus und gegen die Partei gerichtet zu interpretieren. (Auf dem Lübecker Parteitag 1901 mokierte er sich über die bürgerliche Presse: Wenn er sage, zwei mal zwei sei vier, würde es heißen: Bernstein hat den Wissenschaftlichen Sozialismus widerlegt.)

Nach 1910 hat er keinerlei wesentlich weiterführende Gedanken publiziert. Mit der deutschen Realität konfrontiert, wirkte er vorrangig als Publizist mit dem Anspruch, den wissenschaftlichen Sozialismus als politisch-praktische Strategie anwendbar zu machen und als Anleitung zweckrationalen Handelns zu propagieren. Er löste den beschworenen, oft in der Mitgliedschaft vulgarisiert verstandenen Zusammenhang von Wissenschaft und Sozialismus auf. In diesem Sinne verstand er seinen ebenso gründlich missverständlichen wie verschieden interpretierbaren Satz von der 'Bewegung', die ihm alles sei: Nicht dem in der Partei verbreiteten Hang zu spekulativen Überlegungen über das naturgesetzlich kommende 'Endziel' nachzugeben, zumal die Eroberung der politischen Macht und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel doch nicht das Ziel, sondern der Zweck sei, womit er völlig recht hatte. Er wollte vor allem über die Bedingungen und Prinzipien der aktuellen Strategie und Taktik des politischen Kampfes und der allmählichen Transformation der bürgerlichen Gesellschaft nachdenken. Darin widerspiegeln sich zweifellos objektive Erfordernisse veränderter Kampfbedingungen, die nach dem Ende des Sozialistengesetzes und der großen Depression sowie dem von Wilhelm II. verkündeten 'sozialem Kaisertum' entstanden waren. Auch hatten Marx und Engels

natürlich viele Fragen der Strategie und Taktik wie auch der konkreten Formen und Methoden einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft bewusst offengelassen bzw. offen lassen müssen. Insbesondere das rapide Anwachsen des parlamentarischen Einflusses der Partei warf neue Probleme auf. Hierauf praktische Antworten zu finden, dafür entwickelte Bernstein im Unterschied vor allem zu Kautsky, dessen Pedanterie in theoretischen Fragen Engels öfter moniert hatte, ein feines Gespür. Da er jedoch - selbst ein Produkt der Theoriegläubigkeit seiner Zeit - sich veranlasst sah, dies mit einer Revision marxistischer Grundprinzipien zu begründen, ohne allerdings auf der Höhe des marxistischen Denkens zu sein, sich andererseits mit einer parteioffiziösen sterilen Orthodoxie konfrontiert sah, die genauso wenig wie er selbst ausreichend tiefgründig die veränderten Kampfbedingungen analysierte, bot er genügend wissenschaftliche Angriffsflächen für konservative Verteidiger der reinen Lehre. Bernstein, der im Unterschied zu seinen rechten Mitläufern Zeit seines Lebens überzeugter Sozialist geblieben ist, wurde so als theoretischer Kronzeuge des auf den Verzicht der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft gerichteten kleinbürgerlichen Reformismus missbraucht, deren Vertreter ihr Ankommen in der bürgerlichen Gesellschaft so vor der Öffentlichkeit der Partei (und vielleicht auch vor sich selbst) rechtfertigen konnten. Diese 'vertieften' jene Positionen in ihrem opportunistischen Sinne, wo Bernstein richtige Fragen stellte, aber unzureichende Antworten gab.

Er selbst fällt vor allem in der zentralen Frage aller Fragen, der Staats- und Machtfrage hinter die schon 1891 von Engels in der 'Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs' angestoßene Problemstellung hinsichtlich der hier notwendigen Klärung unter den sich ändernden Kampfbedingungen und neuen Möglichkeiten zurück. Damals schrieb Engels:

“Wie nötig das ist, beweist grade jetzt der in einem großen Teil der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, ...soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen. Man redet sich und der Partei vor, 'die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein', ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse und diese Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse wie der Krebs die seine... Man kann sich vorstellen, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volks hinter sich hat: in demokrati-

schen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie in England... wo die Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist."⁽¹²⁾ Nicht an diese Anregungen von Engels, den friedlich-demokratischen Übergang in einer demokratischen Republik unter den zwei von ihm genannten Bedingungen - verfassungsmäßige Mehrheit und praktische Majorität des Volkes, also eine parlamentarische und gesellschaftliche Hegemonie dank eines Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen Volksschichten - für möglich und erstrebenswert zu halten, knüpfte Bernstein an, sondern er verabsolutiert die Möglichkeit des friedlichen Hineinwachsens in einen weitgehend widerspruchsfreien Evolutionismus, der zu viele der konkret-historischen Umstände ausblendete, insbesondere den durch die herrschenden Eigentumsverhältnisse bedingten bürgerlichen Charakter der Demokratie, in Deutschland zusätzlich durch eine restriktive Regierungsform und Praxis beschränkt, von der historisch bedingten Schwäche der bürgerlich-liberalen Kräfte ganz abgesehen.

Hinzu kam, dass er zudem zunehmend in den Strudel der Auseinandersetzungen mit dem leninistischen Flügel der Arbeiterbewegung geriet. Die spätere Erhöhung des Leninismus als des Marxismus der neuen Epoche verhinderte jede sachliche Beschäftigung mit dem den westeuropäischen Bedingungen geschuldeten Denkansatz Bs., die Lenin 1899 - noch ganz Marxist - anmahnte.⁽¹³⁾

Bernsteins gesellschaftliche Transformationsstrategie baute ausschließlich auf einer bis dahin völlig fiktiven Prämisse auf: der parlamentarisch-friedlichen Erringung der politischen Macht und dauerhafter wirtschaftsfriedlicher, d.h. krisenfreier Entwicklung des Kapitalismus. Was er am historischen Determinismus für falsch hielt - die Behauptung eines objektiven fortschreitenden Geschichtsprozesses - liegt seiner Konzeption letztlich auch zugrunde: die sozial-strukturelle Revolution als Triebkraft und Basis der gesellschaftlichen Evolution, der allmählichen politischen und gesellschaftlichen Transformation. Einen Massenstreik hielt er höchstens zur Abwehr eines Angriffs auf die Demokratie für zulässig. Er hatte einen Horror vor der Vorstellung, eine aktive Minderheit könne die politische Macht ergreifen, um dann die gesellschaftliche Umwälzung voranzutreiben. Der Glaube, die Arbeiterklasse könne so wie die Bourgeoisie unter der Herrschaft des Feudalismus allmählich schon unter kapitalistischen Bedingungen die ökonomischen Voraussetzungen des Sozialismus (durch Genossenschaften und wirtschaftsdemokratische u.a. Errungenschaften) für die Erringung der politischen Macht schaffen, und zwar in dem Maße, wie sie daneben Schritt für Schritt auch politisch-parlamentarische Positionen erobern würde, war die grundlegende Schwäche des Bernsteinschen Konzepts und ist bisher durch keinerlei praktische

Erfahrungen verifiziert worden. (Höchstens widerlegt: ökonomisch ist das Genossenschaftswesen gescheitert, Gemeineigentum in jeglicher Form wurde und wird privatisiert, politisch lehren die Beispiele Chile, Portugal, Nicaragua, Grenada das Gegenteil.)

Das marxistisch-leninistische Machteroberungskonzept hat dagegen unter sehr spezifischen, um nicht zu sagen - anormalen, unverhofften Bedingungen erst einmal funktioniert: in Russland, in China, in Vietnam, in Jugoslawien und - mutatis mutandi - in Kuba. (Ich weiß nicht, ob es nur ein Zufall ist, dass - mit Ausnahme der SU - sich gerade jene Länder bisher der kapitalistischen Restauration widersetzen konnten, die selbständig die politische Macht errangen, während die anderen, in denen durch die Rote Armee die neue Macht installiert wurde, untergingen.)

III.

Die linke marxistische zeitgenössische (wie spätere) Kritik an Bernsteins Auffassungen war einerseits durch die oben genannten Gründe, aber auch dadurch irritiert, dass er als Marx-Kritiker theoretisch flach blieb, in der Kernfrage 'Staat und Macht' nicht überzeugen konnte, wodurch seine anderweitigen schöpferischen Anregungen, der marxistischen Gesellschaftstheorie eine praktische Politiktheorie an die Seite zu stellen und über Prinzipien und Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft nachzudenken, verkannt wurden.

In dem zum politischen Testament von Engels hochstiliierten Vorwort zu den "Klassenkämpfen in Frankreich", auf das sich Bernstein berief und worin Engels die Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie feierte, stehen die bekannten und viel zitierten Sätze:

"Wir, die 'Revolutionäre', die 'Umstürzler', wir gedeihen weit besser bei den gesetzlichen Mitteln als bei den ungesetzlichen und dem Umsturz. Die Ordnungsparteien, wie sie sich nennen, gehen zugrunde an dem von ihnen selbst geschaffenen gesetzlichen Zustand. Sie rufen verzweifelt...:die Gesetzlichkeit ist unser Tod, während wir bei dieser Gesetzlichkeit pralle Muskeln und rote Backen bekommen und aussehen wie das ewige Leben."⁽¹⁴⁾

Nun richtet sich die Geschichte bekanntlich nicht nach noch so schönen Klassikerzitate, nur der Versuch der opportunistischen Nachbeter Bernsteins, mit diesen Sätzen Engels zu ihrem Kronzeugen zu machen, war völlig untauglich. Schon der folgende Satz lautete:

“ Und wenn wir nicht so wahnsinnig sind, ihnen zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen, dann bleibt ihnen zuletzt gar nichts anderes, als selbst diese ihnen so fatale Gesetzmäßigkeit zu durchbrechen.”⁽¹⁵⁾

Wie in verschiedenen Stufen und Formen im I. Weltkrieg durch Ausnahmezustand und Kriegsrecht, während der Weimarer Republik (durch Seeckt) und schließlich durch Hitler geschehen, um nur deutsche Beispiele anzuführen. (Die ausländischen erwähnte ich schon) Was der greise Engels begründete, waren

- a) die neuen Chancen des Wahlrechts als - wie er betont - eine neue Kampfform, und
- b) die historische Überholtheit von Minoritätenrevolutionen bei gleichzeitiger Unterstreichung des historischen Rechts auf Revolution. “Das Recht auf Revolution ist ja überhaupt das einzige wirklich ‘historische Recht’, das einzige, worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen,...”⁽¹⁶⁾ (Alle - auch die unmittelbar erfolgreichen - bürgerlichen Revolutionen waren Minoritätenrevolutionen, wie übrigens auch die sog. Wende 1989.)

Was von allen unbeantwortet blieb war die Frage, was im Falle eines Verfassungsbruchs durch die herrschende Klasse konkret zu tun sei. Der debattierte Massenstreik blieb erstens als Kampfmittel umstritten und zweitens in der Zielstellung unklar.

Bernstein argumentierte meist gegen ein bereits dogmatisiertes und verkürztes Marx- Verständnis, das es in der Tat in der Arbeiterbewegung gab. Ihn beunruhigte vor allem ein verbreiteter Fatalismus, der aus dem Glauben an eine naturgesetzliche Garantie des kommenden Sozialismus gespeist war. (Selbst Honecker glaubte: Den Sozialismus in seinem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf. Er hat offensichtlich die Fähigkeit solcher Typen wie ihn unterschätzt.) So berechtigt es war, dagegen anzugehen, entstand der Eindruck, Bernstein polemisiere gegen Auffassungen von Marx und Engels, die jedoch weder diese noch die meisten führenden Köpfe unter den marxistischen Theoretikern der Partei vertraten oder zumindest nicht mehr vertraten, was verständlicherweise bei seinen prominentesten Kritikern wie Rosa Luxemburg, Bebel, Kautsky, Parvus (Alexander Helphand), Mehring, Clara Zetkin, aber auch bei Plechanow und Lenin scharfe, manchmal brüske Reaktionen auslöste. Man lese die wirklich glänzende Analyse der Bernsteinschen Positionen in Luxemburgs Schrift ‘Sozialreform oder Revolution’ oder auch Lenins zustimmende Rezension zu Kautskys Buch ‘Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik’. Nirgends wurde eine mechanistische ‘Zusammenbruchstheorie’ vertreten, und Lenin hob Kautskys Argumentation dagegen ausdrück-

lich hervor, die beweise, "dass Marx und Engels niemals eine besondere Zusammenbruchstheorie aufgestellt, dass sie den Zusammenbruch nicht unbedingt mit einer Wirtschaftskrise verknüpft haben. Das ist eine Entstellung der Gegner, die die Marxsche Theorie einseitig auslegten, die sinnlos einzelne Stellen aus einzelnen Werken herausgriffen, um dann die 'Einseitigkeit' und 'Grobheit' der Theorie siegreich zu widerlegen. In Wirklichkeit machten Marx und Engels die Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse abhängig von der Reife und Macht der von der neuesten Geschichte Europas in den Vordergrund gerückten Klassen."⁽¹⁷⁾

Nirgends wurde behauptet, der Sozialismus sei das Ergebnis eines kurzen, gewaltsamen Aktes. "...eine so gewaltige Umwälzung, wie die Überführung der Gesellschaft aus der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung, ganz undenkbar auf einen Schlag, durch einen siegreichen Streich des Proletariats," schrieb Rosa Luxemburg,⁽¹⁸⁾ eine Überzeugung, die auch bei Lenin und seinem NÖP-Versuch zugrunde lag. Es gab keine Geringschätzung der Demokratie, "...die für die Bourgeoisie teils überflüssig, teils hinderlich geworden (ist), (so) ist für die Arbeiterklasse dafür notwendig und unentbehrlich". Auch wieder Rosa Luxemburg.⁽¹⁹⁾

Nirgends behaupteten die Theoretiker der Linken, die Pariser Kommune sei ein verbindliches Vorbild der Machtergreifung und Machtausübung, und die Vorwürfe wegen Blanquismus waren Scheingefechte spätestens mit Engels Vorwort zu den 'Klassenkämpfen in Frankreich' von 1895. Bernsteins Position wurde auch dadurch fragwürdig, weil er in der Kolonialfrage ein Musterbeispiel für 'regierungssozialistisches' Denken lieferte und unbeabsichtigt Zugeständnisse an den Chauvinismus der Herrschenden machte. Da, wo er das scheinbare Ausbleiben Marxscher Folgerungen - der Klassenpolarisation und dem Schwinden der Mittelschichten - mit mehr als fragwürdigen Statistiken - beizukommen suchte, verfällt er in den für alle Reformisten typischen Fehler, kurzfristige Entwicklungen überzubewerten.

Bernsteins Polemiken gegen den historischen Determinismus des Marxismus zielten auf einen mechanischen Kausalzusammenhang und mussten ihr Ziel, die Rolle der Moral, des ethischen Wollens und Sollens zu betonen, verfehlen, weil sein Unvermögen, die komplizierte Dialektik von Basis und Überbau, von Objekt und Subjekt zu erfassen, ihn außerstande setzte, die von den beiden Klassikern in dieser Frage hinterlassene Lücke auszufüllen. Allerdings hatten weder Marx noch Engels die Rolle moralischer Normen und Werte für den Kampf der Arbeiterklasse unterschätzt, zumal für sie klar war, dass moralische Empörung eine wichtige Stufe im

Erkenntnisprozess des menschenfeindlichen Kapitalismus und seiner Überlebtheit war und von ihm dem Proletariat auch Bündnispartner aus anderen Klassen und Schichten zuwachsen können. Wogegen sie sich wandten war, den Sozialismus allein moralisch zu begründen. So war Bernsteins Bestreben, der sozialistischen Bewegung deutlicher als bis dahin eine ethisch-moralische Begründung und damit größere Anziehungskraft auf andere Schichten, insbesondere die neuen Mittelschichten und Bauern zu verleihen, durchaus begrüßenswert, war aber zugleich Ausdruck der groben Unterschätzung der realen Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse im imperialistischen Deutschland und widerspiegelte die auf Klassenkompromisse zielende Politik einer kleinbürgerlich-bürokratischen Schicht innerhalb der Partei.

Die Marxsche Werttheorie missverstand Bernstein willentlich, hat man den Eindruck, während er die Gewalttheorie bewusst ablehnte. Noch Engels hatte Bernsteins Artikel in der 'Neuen Zeit' zum dritten Band des 'Kapital' als "sehr konfus" bezeichnet, "der Mann ist noch immer neurasthenisch und dabei schmächtig überarbeitet, hat zuviel Verschiedenes in der Hand, ..."⁽²⁰⁾

Das zutiefst dialektische Verhältnis von Reform und Revolution im historischen Prozess entzog sich seiner Denkweise, an deren statt er sich ausschließenden Kategorien Demokratie und Diktatur setzte, weil er die Dialektik für den gefährlichsten 'Fallstrick' des Marxschen Denkens ansah. Sein evolutionärer gesellschaftlicher Gradualismus wurde praktisch noch zusätzlich um die der Koalition mit bürgerlichen Parteien geschuldeten Kompromisse verwässert.

Bernstein verstand sich trotzdem nach eigenem Bekunden selbst als Marxist und bedauerte, dass "sich die Befürworter einer opportunistischen Politik, in der die Marxisten eine ernsthafte Gefahr für den politischen Charakter der Bewegung erblickten, nunmehr auf meine Wenigkeit (beriefen)."⁽²¹⁾ Daran trug er - ich muss es wiederholen - die Hauptschuld, indem er das Fazit seiner in vieler Hinsicht richtigen Fragestellungen als nun **einzig** richtigen Weg dem revolutionären entgegenstellte. Durch diesen Ausschließlichkeitsanspruch für sein Handlungskonzept verschüttete er den bei Marx und Engels nachweisbaren Ansatz, stärker über alternative Wege zum Sozialismus im Rahmen einer offenen Geschichte (friedlicher- nichtfriedlicher Weg u.a.) nachzudenken. Aus einem verkürzten 'Entweder-Oder' machte er nicht ein mögliches 'sowohl als auch', sondern ein 'nur so und nicht anders'. Noch 1906 hat er in seiner Schrift 'Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis' konzidiert, wenn im Falle eines reaktionären Staatsstreiches das Reichstagswahlrecht suspendiert würde, auch die gewaltsame Revolution als Mittel der

Arbeiterbewegung genauso legitim sei wie der Massenstreik, danach hat er daran nicht mehr festgehalten. Auch hierin waren die Linken konsequenter.

Rosa Luxemburg ist eigentlich nur eines entgegenzuhalten: Sie unterstellte Bernstein in ihrer Kritik, seine politischen Ansichten würden nicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen.⁽²²⁾ Das war nicht Bernsteins subjektive Absicht, allerdings bleibt es ein ewig ungelöstes Geheimnis der Geschichte und der Streit darüber offen, inwieweit sein Wirken dazu beigetragen hat, dass seine Partei, als von der Geschichte entgegen seinen Erwartungen die Lösung der Machtfrage auf revolutionäre, gewaltsame Weise mit der Novemberrevolution auf die Tagesordnung gesetzt wurde, versagte, sie sich in die Arme Hindenburgs rettete und den Hauptfeind bei den revolutionären Linken sah und bekämpfte. Wie hätte Bebel die Partei anstelle Eberts in der Revolution geführt ist eine spekulative Frage, die zu stellen aber erlaubt sein darf.

Bernsteins Ablehnung der bolschewistischen Revolution war ähnlich wie Kautsky dahingehend begründet, dass ihre Formen und Methoden u.U. für das rückständige Russland angemessen wären, nicht für Westeuropa, wo sie für ihn zum Inbegriff des Chaos werden müssten, das er sosehr fürchtete und ihn nun umtrieb.

Weil Bernstein für sich das Monopol der richtigen Gesellschaftsstrategie erhob und mit seinem Denken nicht der objektiven Widersprüchlichkeit und der im historischen Prozess angelegten Alternativität Rechnung trug, war der Zugang zu seinen schöpferischen Elementen auch bei den radikalen Linken versperrt. Beide Seiten vermochten nicht die Synthese zu denken oder blieben für gesellschaftliche Alternativen offen.

(Es wäre interessant zu zeigen, dass eine ganze Reihe von Gedanken Bernsteins in den ersten Jahren der DDR - allerdings nach Lösung der Machtfrage angesichts der Besatzungsmacht - durchaus erwogen und z.T. praktiziert wurden.)

IV.

Die PDS steht vor der Entscheidung, zu welcher Traditionslinie innerhalb des widersprüchlichen Erbes der deutschen Linken sie sich programmatisch bekennen will.

Für mich ist die grundlegende Linie klar: Vom Kommunistischen Manifest, über die Kritik des Gothaer Programms, dem Erfurter Programm (einschließlich der Engelschen Kritik) zu dem der KPD von 1919, der Prinzipienklärung der SAP 1932, zum Prager Manifest 1934 und den Aufrufen von KPD und SPD von 1945, zu den Grundsätzen und Zielen der SED von 1946.

Welche Gedanken Bernsteins sind von bleibendem Wert und sollten von der Partei des demokratischen Sozialismus bewusst in ihre Tradition einbezogen werden, gerade auch deshalb, weil die heutige Sozialdemokratie das Werk eines demokratischen Sozialisten wie E. Bernstein nur als totes Erbe ansieht.

Interessant ist, dass die gerade eröffnete Programmdebatte der SPD so tut, als ob das Godesberger Programm von 1959 zur Weiterentwicklung anstehe und das Berliner möglichst unerwähnt bleibt. Das hängt damit zusammen, dass es neben so unbequemen Positionen wie denen zur Kriegs- und Friedensfrage der sozialdemokratische Grundwert 'Gerechtigkeit' im Berliner Programm noch stärker als im Godesberger mit dem der Gleichheit verbunden wurde.⁽²³⁾

Da aber - wohl nicht zuletzt, weil die PDS sich der Gerechtigkeitsforderung verschrieben hat - die SPD-Spitze gerade diesen Wert als massenwirksam erkannt hat, er aber dem neoliberalen Konzept des globalen entfesselten Kapitalismus direkt entgegensteht, muss er neu definiert, angepasst werden. Zu welchen verbalen Verrenkungen das führt, konnte man schon vernehmen. Peter Glotz, Chefredakteur der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte, hat in einem Rundfunkinterview angedeutet, worauf es ankomme. 'Die Godesberger' sagte er, 'müssen gegen den rheinischen Kapitalismus anstürmen und den kalifornischen durchsetzen, was heiße, nicht oben, bei den Großen zu kappen oder diese zu ducken, weil eine modern verstandene Gerechtigkeit nichts mit Gleichheit zu tun habe. Soziale Not solle zwar gelindert werden, was aber auch nur gehe, wenn die Großen dafür die Mittel schafften. Streit in der SPD zwischen den Traditionalisten und den Godesbergern sei unvermeidlich, müsse aber entschieden werden zugunsten der Modernisierer.

W. Clement, stellvertretender Parteivorsitzender, forderte zu begreifen, dass nur Wirtschaftswachstum Verteilungsspielräume für

eine neu zu definierende Gerechtigkeit schaffen würde, was in der Konsequenz noch niedrigere Steuern für Unternehmer und einen Billiglohnsektor erfordere. Dieser neuartige, um nicht zu sagen, abartige 'Gerechtigkeitsbegriff' ist nichts weiter als der Versuch, sich dem Neoliberalismus anzudienen und dies den Massen auch noch als 'gerecht' zu suggerieren.

Nehmen wir dagegen Bernsteins Auffassungen zur Gerechtigkeit und Gleichheit. Für ihn waren Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit untrennbar verknüpft. Freiheit (als Selbstbestimmung und Selbstverwaltung begriffen) war für ihn ohne Gleichheit und Gleichheit ohne Solidarität unerreichbar. Er war kein Anhänger einer utopischen absoluten Gleichheit. Diese bestand für ihn in den gleichen Rechten und gleichen Lebensmöglichkeiten, was nicht mit den sog. 'gleichen Chancen' in SPD-Programmen zu verwechseln ist, wo dem einzelnen Subjekt die Verantwortung dafür zugeschoben wird, wenn es diese Chancen nicht nutzte und zum 'Versager' wurde, weil kein elterliches Erbe einen goldenen Löffel schon bei der Geburt bereitgehalten hat. Er argumentiert in dieser Frage naturrechtlich.

"Die gleiche Bedürftigkeit aller Menschen bei der Geburt und die Abhängigkeit des Reichtums, der persönlichen Sicherheit und der Kultur vom gesellschaftlichen Zusammenleben, sowie die Geringfügigkeit der Arbeit des einzelnen im Verhältnis zur Arbeit der Generationen, deren Erben sie sind, bilden die Hauptbeweise für den Anspruch aller auf gleiche Rechte und gleiche Lebensmöglichkeiten."⁽²⁴⁾

Er wollte soweit wie möglich ein konkretes mittelfristiges Konzept der neuen Gesellschaft entwerfen. Die Marxsche prognostische Zurückhaltung aus wissenschaftslogischen Erwägungen, was zu einem gesellschaftstheoretischen Vakuum über die zukünftige Gesellschaft führte, schien ihm wenig anziehend für die Massen. Die Konkretisierung der Vision einer sozialistischen Gesellschaft schien ihm notwendig und bis zu einem gewissen Grade auch möglich. So kreisten seine Überlegungen um das Problem, woher - bei Garantie sozialer Gleichheit und Sicherheit - (man könnte auch sagen: mit einem Arbeitsgesetzbuch wie das der DDR) anstelle der Triebkräfte des kapitalistischen Marktes die neuen Triebkräfte für höchste wirtschaftliche Effektivität kommen sollten. Bereits 1896 äußerte er in einem Brief an Kautsky Bedenken hinsichtlich einer vollständigen Verstaatlichung/ Vergesellschaftung der Industrie. Er neige, so schrieb er an Kautsky, zu einem 'anarchistischen Kommunismus', womit er anstelle einer Vollsozialisierung und zentralen Wirtschaftsplanung und Steuerung stärker genossenschaftlich-kollektive Wirtschaftssubjekte meinte.⁽²⁵⁾ Nur die große Monopolindustrie sei

zu vergesellschaften, während alles andere für längere Zeit Privatbesitz bleiben und durch Formen indirekter Kontrolle und Mitbestimmungsrechte zu 'sozialisieren' sei, bis man klarer sehe. Dieser Gedanke, so zu unterscheiden, scheint angesichts der riesigen Monopole, der Internationalisierung unserer hochkomplexen Wirtschaft, verlockend. Überzogene hastige Vergesellschaftungen in einer hochkomplexen Wirtschaft mit dem Ziel einer 'Vollsozialisierung' schienen ihm sicher nicht zu Unrecht gefährlich. (Honeckers Entschluss, 1972 die halbstaatlichen Betriebe zu liquidieren, war der Endpunkt einer genau falschen Richtung, obwohl sie - wie schon Bernstein gemeint hatte - gegen Entschädigung erfolgte.)

Ob die entsprechend starke Arbeiterklasse sich damit - mit der erreichten Nähe des Nullpunktes an Profit - dann zufrieden geben oder zur Vergesellschaftung weiterschreiten sollte, war für ihn ein Problem der Zweckmäßigkeit.

Alle Erfahrungen im Osten mit den Bürokratisierungs- und Effizienzproblemen einer voll verstaatlichten Wirtschaft drängen dazu, über solche Wege einer gemischten Wirtschaft, der Verbindung zentraler Rahmen- und Strukturplanung mit regionaler Planung und regionalen Wirtschaftskreisläufen nachzudenken. (Auch Lenin wollte nur die 'Kommandohöhen' in der Wirtschaft, aber nicht jeden kleinen Posten staatlich besetzen.)

Was in der heutigen Sprache 'Zurückdrängung der Profitdominanz' genannt wird, findet sich bei BERNSTEIN als von der politisch-sozialen Stärke der Arbeiterbewegung abhängige Möglichkeit, die Profitrate "der Unternehmer hart bis an die Grenze der Zinsrate für ganz sichere Anleihepapiere, d.h. an ihren theoretischen Nullpunkt" zu drängen.⁽²⁶⁾

(In den zwanziger Jahren findet sich das bei Hilferding als These vom 'politischen Lohn' wieder.)

Sicher aus einer latenten persönlichen Massenphobie heraus warnte er vor aller Euphorie und Idealisierung der Arbeiterklasse und der Volksmassen und wies auf die Gefahren hin, die aus den irrationalistischen und nationalistischen Elementen entstehen können, weil sie als latente massenpsychologische Potenziale jedem historischen Handeln innewohnen. Auch reaktionäre Ideen oder gar Hysterie werden zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreifen. Ohne Schulung und geistige Erhöhung schien ihm die Unterklasse unfähig, die neue Gesellschaft zu gestalten.

Kühn warf er die Notwendigkeit einer breiten Bündnispolitik mit Blick auf die neuen Mittelschichten auf, während Lassalles These

von der übrigen 'reaktionären Masse' durchaus noch herumgeisterte. In diesen Fragen dachte und argumentierte Bernstein plötzlich wieder wie ein Marxist.

Generell hat Bernstein die im sozialistischen Alltagsbewusstsein weit verbreitete utopische Erwartung kurzfristiger Siege, verknüpft mit einer fatalistischen Geschichtsauffassung, bekämpft. Der Widerspruch zwischen rein parlamentarisch-reformerischer Praxis gegenüber der Kautskyanischen Orthodoxie war ihm ein Dorn im Auge, weswegen er um eine nüchterne, realistische Sicht der Möglichkeiten und langfristigen Entwicklungszeiträume und um die Übereinstimmung von Praxis und Theorie rang. (Eines der größten Übel der Kommunisten und des Stalinismus waren sog. revolutionäre Ungeduld, die bei Stalin zum terroristischen Anpeitschen der Entwicklung führten und sowohl Chruschtschow wie Honecker davon faseln ließen, sie würden selbst noch den Kommunismus erleben, wobei er nicht an Wandlitz gedacht haben dürfte.)

Bernsteins kritische Sicht auf das bolschewistische Experiment ließen ihn - hier durchaus Rosa Luxemburg nahe - die Bedeutung der liberalen Freiheitsrechte und z.B. die Rolle unabhängiger Gewerkschaften für den aktuellen Kampf wie für die zukünftige sozialistische Gesellschaft betonen. (Hier traf er sich übrigens wieder einmal auch mit Lenin.)

“Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich,” betonte er immer wieder. “ Sie ist das Mittel zur Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.” Demokratie war für ihn ein Gesellschaftszustand, “ wo keiner Klasse ein politisches Privilegium gegenüber der Gesamtheit zusteht”, war “Abwesenheit von Klassenherrschaft”, aber bei weitem noch nicht die “Aufhebung der Klassen”.⁽²⁷⁾ Auf dem Görlitzer Parteitag bekräftigte er: “Es ist meine feste Überzeugung, dass die Demokratie nicht ein Mittel zum Sozialismus ist, ebenso wenig, wie der Sozialismus ein Mittel zur Demokratie ist, sondern dass Demokratie und Sozialismus eine innige Vereinigung eingehen müssen....Ich halte es für notwendig zu erklären: wir sind Sozialisten, die die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung auf demokratischem Wege erreichen wollen, wir wollen diese Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch auf eine demokratische Grundlage stellen....

In unserem früheren Programm stand der Ausdruck 'Vergesellschaftung der Produktionsmittel', weil man sich scheute, den Ausdruck Verstaatlichung zu gebrauchen. Aber die Vergesellschaftung der Produktionsmittel umfasst nicht alles. Sie ist ein einmaliger Akt, entweder ein Gewalt- oder ein Rechtsakt, und dann setzt erst die eigentliche Sozialisierung ein, d.h. die Umgestaltung nicht nur der

Produktionsmittel, sondern auch der Menschen, die mit den Produktionsmitteln arbeiten, also eine innere Umgestaltung der Menschen. Deswegen möchte ich empfehlen zu sagen 'Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung' ⁽²⁸⁾

Zwar zeigte Bernstein sich auch hier unsicher im Gebrauch der marxistischen Terminologie, (denn es ging natürlich zuerst um die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, und wenn die Menschen mit erfasst werden sollten, müsste es 'Produktivkräfte' heißen,) aber sein persönliches Festhalten am Ziel der Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft und der Gestaltung einer sozialistischen sollte eine Ermutigung sein. Zum neuen theoretischen Großmeister des heutigen demokratischen Sozialismus taugt Eduard Bernstein nicht, obwohl er - wie schon betont - an diesem Ziel festhalten wollte.

In seiner Schrift "Wie eine Revolution zugrunde ging" von 1921 konstatierte er, dass mit einer freien Presse, der Versammlungsfreiheit, Redefreiheit und dem allgemeinen Wahlrecht zur gesetzgebenden Körperschaft die Voraussetzungen zur Emanzipation der Arbeiterklasse gegeben seien. Nun hänge es nur noch davon ab, wie sich die Klasse dieser Möglichkeiten bediene.

Die darin enthaltene Vorstellung eines sozialistischen politischen Pluralismus, der die freiheitlich-liberalen Errungenschaften der anti-feudalen Bewegungen und bürgerlich-demokratischen Revolutionen bewahrt und 'aufgehoben' hätte, hätte u.U. die Überlebenschancen des realen Sozialismus vergrößert. Als erstmals wieder - im Prager Frühling - der Versuch einer pluralistischen demokratischen Form des Sozialismus unternommen wurde, geriet er unter die Panzerketten eines ökonomisch gescheiterten und hauptsächlich dadurch zur Reform unfähigen Regimes.

Naiv war Bernstein allerdings, wenn er den kapitalistischen Charakter der Weimarer Republik verneinte, weil die sozialökonomischen Privilegien der Bourgeoisie nicht für den staatlichen Entscheidungsprozeß konstitutiv wären.

Allerdings war er sich durchaus bewusst, dass eine nur auf den Parlamentarismus abgestellte Transformationspolitik ein - wie er schrieb - 'zweischneidiges Schwert wäre, "wenn sie nicht begleitet, ergänzt und in vielen Fällen korrigiert würde durch die Organisationen der Arbeiter für wirtschaftliche Zwecke" ⁽²⁹⁾

V.

Angesichts der momentanen theoretischen Konfrontation, um nicht Konfusion zu sagen, die die Programmdiskussion in der PDS bisher in vielen Punkten zeigt, könnte eine Herangehensweise, die Bernstein erprobte, hilfreich sein. Damals galt es als unwissenschaftlich, unmarxistisch, sich zu genaue Vorstellungen über die sozialistische Gesellschaft der Zukunft zu machen. Heute wird - obwohl wir nun über einen im doppelten Sinne 'ungeheuerlichen' Reichtum an Erfahrungen verfügen - eine Zukunftsdebatte mit dem Verweis auf 'Pluralismus' und mit der These von der praktischen Widerlegung der marxistischen Theorie verweigert und auf die 'Vision' verwiesen und lediglich eine pragmatische Reformpolitik formuliert. Ein Sozialist aber sollte auf die Verteidigung des Zusammenhangs zwischen programmatischem Fernziel und unabdingbarer aktueller Reformpolitik bestehen, weil ich meine, auch hier hat Engels Recht, wenn er mahnte, eine "Taktik, welche das große Ziel nie aus dem Auge verliert, bewahrt Sozialisten vor den Enttäuschungen, denen die anderen, weniger klar blickenden Parteien - ob reine Republikaner oder Gefühlssozialisten - unweigerlich unterliegen, da sie eine bloße Etappe für das Endziel des Vormarsch halten."⁽³⁰⁾ Je klarer diese Zielvorstellung ist, umso deutlicher ließe sich ablesen, welche Reformschritte in die richtige Richtung führen.

Es scheint eine ungeklärte Frage innerhalb der PDS zu sein, welche Rolle weltanschaulich- theoretisches Denken bei der Begründung von Programm und Politik des demokratischen Sozialismus spielen soll. Bis jetzt wird mit Verweis auf den Pluralismus, auf Toleranz und die Verneinung jeglichen Monopols auf einen Wahrheitsanspruch einer bestimmten Theorie euphemistisch unter dem Begriff des Pluralismus ein platter Eklektizismus praktiziert. Allerdings scheint angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus nur eine Theorie, der Marxismus (in Form des Marxismus-Leninismus) widerlegt und damit suspekt. Höchstens im Kontext mit vielen anderen sozialistischen Denkern wie z.B. Bernstein dürfen auch noch Marx und Engels, Rosa Luxemburg, Kautsky, Levi, Korsch u.a., aber Lenin schon nicht mehr als wissenschaftliche Ahnen genannt werden.

Diese Auflösung des Zusammenhangs zwischen Sozialismus und marxistischer Theorie, wie sie bei Bernstein letztlich schon erfolgte, ist weder nützlich noch zwingend. Sie führt zur theoretischen Beliebigkeit. Davon ist auch der Kommentar zum geltenden Parteiprogramm der PDS nicht frei.⁽³¹⁾

Natürlich haben die unerwarteten historischen Ereignisse, die zu dem nun schon zehn Jahre zurückliegenden Epochenbruch geführt

haben, jede Gläubigkeit in einen naturgesetzlichen Fortschritt der Menschheit zum Sozialismus erschüttert. Die List der Geschichte hat allen Marxisten eingebläut, Marxens Satz, dass die Menschen ihre Geschichte unter bestimmten, vorgefundenen Umständen machen, aber dass sie sie selbst machen, manchmal zu ihrem eigenen Schaden, den auch die falsche Idee oder die Hysterie, werden zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreifen. Kommunismus oder Barbarei, die Alternativität der Geschichte auf diesen vereinfachten Nenner gebracht, dürfte heute von jedem ernsthaften linken Gesellschaftstheoretiker sehr ernst genommen werden. Insofern ist jeder Anspruch auf das Monopol der absoluten Wahrheit lächerlich. Es geht um etwas ganz anderes.

Nach der unbestreitbaren Tatsache, dass es in einer von Interessen gespaltenen, vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zerrissenen Gesellschaft, immer zwei Wahrheiten, die der Oberen und der Unteren, der Reichen und der Anderen/Armen, die der Sieger und die der Besiegten, gibt und geben wird, gibt es keine beliebige Anzahl von richtigen, wahren Antworten auf ein und dasselbe Problem, wenn auch nicht nur eine, und schon gar nicht von vornherein. Darauf beruht das Toleranzverständnis gegenüber anderen als marxistischen Begründungen des Sozialismus, der ganz unabhängig auf welchem praktischen Wege und in welchen Formen auf der begründeten Annahme beruht, dass der Kapitalismus eine antagonistische Klassengesellschaft und der Kampf um den Sozialismus letztlich Klassenkampf ist. Dies aus der Theorie und Methode des Marxismus abzuleiten ist unabdingbar mit einer weltanschaulichen, wenn man so will: ideologischen Wertentscheidung verbunden. Nur wer den Kapitalismus wirklich überwinden und an seiner Stelle eine demokratische sozialistische Gesellschaft will, wird aus der marxistischen Analyse entsprechende Schlussfolgerungen ziehen.

Wenn J. Schuster schreibt, die meisten Positionen Bernsteins hätten sich glänzend bestätigt,⁽³²⁾ so setzt ein solches Urteil voraus, den Weg der von (opportunistischen Anhängern zusätzlich deformierten) Theorie Bernsteins wesentlich geleiteten Partei, der Vorkriegs-SPD, als erfolgreich und einzig richtig anzusehen. Die scheiterte spätestens 1932/33. Aber selbst dann würde dies implizieren, die Augen davor zu verschließen, dass alle wesentlichen Voraussagen Bernsteins für die Transformation der kapitalistischen Gesellschaft wie ihrer ökonomischen Entwicklung durch die Geschichte bisher desavouiert worden sind, während die Marxsche Analyse tagtäglich neue Bestätigungen erfährt.⁽³³⁾ Aus dem Scheitern des Staatssozialismus eine Widerlegung des Marxismus und

eine generelle Bestätigung Bernsteins zu behaupten, ist ebenfalls unzulässig.

1. Hatten wir es mit einem gesellschaftlichen Großexperiment zu tun, bei dem die Machtfrage durch die totale Niederlage des Nazifaschismus und unter der Befehlsherrschaft der Siegermacht erst einmal gelöst war, also der entscheidende Schwachpunkt in Bernsteins Konzept keine Rolle mehr spielte.
2. Hatten wir es mit nicht gleichzusetzenden miserablen sozial-ökonomischen Voraussetzungen in den fast allseitig unterentwickelten und/oder schwer vom Krieg zerstörten Regionen zu tun, wo zur nachholenden Industrialisierung (ursprüngliche Akkumulation) und /oder zur Wiederherstellung der durch Kriegsfolgen zerstörten Länder andere Methoden der Wirtschaft für eine bestimmte Periode nötig und erfolgreich waren,⁽³⁴⁾
3. Gilt auch für Bernstein, dass die Wirkungsgeschichte einer Theorie entscheidend ist, nicht was der einzelne Verfasser sonst noch geschrieben und gewollt hat. Und aus dieser Sicht ist der Bernsteinsche Reformsozialismus in der Prägung seiner Epigonen, wie er in den westlichen entwickelten Industrieländern der sozialdemokratischen Politik lange Zeit zugrunde lag, auch keine Erfolgsgeschichte. Die Entwicklung im zurückliegenden Jahrhundert hat bisher nur bewiesen, dass weder durch parlamentarische Siege allein, durch erkämpfte bescheidene Mitbestimmungsrechte, Genossenschaften, Gemein- und Staatseigentum und andere Formen von Wirtschaftsdemokratie erfolgreiche Schritte in Richtung einer von Ausbeutung und Benachteiligung freien gerechten Gesellschaft eines demokratischen Sozialismus gegangen wurden, wie sie Eduard Bernstein erstrebte. Sein Verdienst ist es zweifellos, überhaupt die Debatte zu möglichen differenzierten Eigentumsstrukturen und anderen Bedingungen des rationellen Funktionierens einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft angestoßen zu haben, denn nicht nur für die Staatsfrage gilt - was Engels monierte - dass man "allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund (schiebt), und dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen, vergißt. Was kann dabei herauskommen, als dass die Partei plötzlich, im entscheidenden Moment, ratlos ist, dass über die einschneidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind."⁽³⁵⁾

Immer vorausgesetzt, dass man Bernstein weder als siegreichen Marxtöter noch als wichtigsten schöpferischen Marxisten und Sozia-

listen seiner Zeit aufs Tapet hebt, bleibt es sein Verdienst, von sozialistischen Grundüberzeugungen ausgehend als einer der ersten gegen die Ikonisierung der Klassiker des Marxismus aufgetreten zu sein. Jede schöpferische Weiterentwicklung - darin hatte er unbestritten recht - muss mit der Revision der bisherigen Erkenntnisse und Ergebnisse beginnen. Revision heißt ja erst einmal nur 'Überprüfung', nicht unbedingt ihre Verwerfung. Was Bernstein genauso wenig wie seine damaligen Kritiker zu leisten vermochten, das war die Lösung eines grundlegenden Dilemmas, vor dem jede sozialistische Programmpartei in dem Moment gestellt ist, wo sie zur parlamentarischen Kraft und Massenpartei wird oder werden will: Wie verbindet man theoretisch-weltanschaulich und wie politisch-praktisch den Anspruch auf die grundlegende sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft (Maximalziel) mit der reformerischen und parlamentarischen Vertretung der alltäglichen sozialen und demokratischen Interessen der hier und heute lebenden Massen (Minimalziel).

Die sog. Realpolitiker oder Reformer müssten erkennen, dass ihre Bemühungen letztlich in den Sand gesetzt sind, wenn sie nicht auf das übergreifende Ziel orientiert sind und in selbst kleinsten Schritten darauf hinführen. Das regelmäßige sozialpolitische roll back nach kleinmütigen sozialreformerischen Fortschritten, das nach gescheiterten SP-Regierungen durch die Konservativen erfolgte, sollte Warnung genug sein.

Die Verteidiger des antikapitalistischen, sozialistischen Charakters der Partei als Repräsentant der Systemopposition, zu Unrecht Dogmatiker genannt, müssten ihrerseits begreifen, dass ohne Kommunal- und Regionalpolitik, ohne Verankerung an der Basis, ohne Vertretung der Alltagsinteressen der Massen diese Menschen die Partei nicht als zukunftsfähige und politisch konstruktive Kraft akzeptieren, sie also auch nicht parlamentarisch und gesellschaftlich stark machen werden. Von ihnen kann man nicht theoretisch begründete Einsichten in den politischen Kampf erwarten, sondern muss an ihre Alltagserfahrungen und alltäglichen Interessen anknüpfen.

Die kleine, elitäre Kampfpartei kann die 'reine Lehre' ohne Probleme verkünden und folgen- und ergebnislos auf das letzte Gefecht warten. Die große Volkspartei kann auf das Fernziel verzichten und den Weg und die Reform zum Zweck und Ziel erklären, wie es nicht nur die Sozialdemokratie in Deutschland getan hat. Eine Partei des demokratischen Sozialismus darf sich nicht nur dadurch unterscheiden, dass sie das Festhalten an der hehren sozialistischen Vision als Wertentscheidung, als Weg und Ziel beteuert. Eine Partei, die sozialistische Systemopposition aus theoretischer, ethisch-moralischer und

historisch und praktisch gestützter Überzeugung bleiben will, also den Namen Sozialistische Partei wirklich verdient, muss ihre hier und heute zu leistende Reformarbeit so gestalten, dass die Reform sowohl Zweck (aktuelle Interessenvertretung) als auch Mittel (Masseneinfluss sichern) ist, weil man im Interesse der Sicherung bisher erreichter Fortschritte und kommender Generationen das Ziel nicht aufgeben darf, welches nur mithilfe einer solchen Mehrheit erreichbar und gestaltbar ist. Demokratischer Sozialismus wird nur möglich, wenn man die Demokratie und den Sozialismus als Weg, Zweck, Mittel und Ziel begreift. Diese oder jene Teil-Reform, die Verhinderung dieser oder jener sozialen Grausamkeit ist wichtig, ist der aktuelle Zweck, aber er darf nicht zum Zweck an sich werden, sondern muss zum Mittel werden und am programmatischen Fernziel orientiert bleiben, muss ihm dienen, weil er Masseneinfluss sichert. Sonst verkommt Masseneinfluss zum reinen Zweck, Mandate und Staatszuschüsse zu sichern. Man darf sich dann als 'Volkspartei' gerieren, wie CDU oder SPD es tun und würde wie diese zum hauptsächlichsten Interessenverein der Parteibürokratie verkommen, wie übrigens auch bei unserer Vorgängerpartei erlebt und erlitten. Vielleicht hat mehr als wir es uns selbst bewusst sind die 'Staatspartei SED' überlebt und äußert sich jetzt in Koalitions- und Regierungsträumen.

An einige einfache Erfahrungen sei auch erinnert:

Parteiprogramme waren relativ knappe analytische Beschreibungen der bestehenden Gesellschaft und des eigenen Selbstverständnisses, der Grundsätze und fernen Ziele. (Maximalprogramm) Dazu kam ein Aktions- und Forderungsprogrammteil, (Minimalprogramm), was u.U. auch Grundlage eines Koalitionsvertrages sein kann. Dies alles in verständlicher Sprache und in erträglicher Länge. (Das Kommunistische Manifest als Geburtsurkunde war das längste bis 1946.)

Im Vorfeld solcher Programme fanden in der Geschichte der Arbeiterbewegung meist umfangreiche Debatten statt, danach gab es zum beschlossenen Programm Kommentare, und es war Gegenstand der Parteischulen und der Bildungsarbeit durch sog. Wanderlehrer.

Ganz zum Schluss möchte ich nochmals Engels Warnung zitieren:

“Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag 'ehrlich' gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der 'ehrliche' Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen.”⁽³⁶⁾

Anmerkungen

- 1) Vgl. Bo Gustafsson: Marxismus und Revisionismus. Eduard Bernsteins Kritik des Marxismus und ihre ideengeschichtlichen Voraussetzungen, Teil I, Frankfurt/Main 1972. Thomas Meyer: Bernsteins konstruktiver Sozialismus. Eduard Bernsteins Beitrag zur Theorie des Sozialismus, Berlin-Bonn-Bad Godesberg 1977 (= Internationale Bibliothek Bd.105). Horst Heimann: Eduard Bernstein, Texte zum Revisionismus, Bonn-Bad Godesberg 1977.
Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.): Bernstein und der Demokratische Sozialismus. Bericht über den wissenschaftlichen Kongress "Historische Leistung und aktuelle Bedeutung Eduard Bernsteins, Berlin-Bonn 1978.
- 2) Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Band 2, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1960, S.580.
- 3) MEW, Bd. 39, S.161.
- 4) Vgl. Till Schelz-Brandenburg: Programm und Bekenntnis. Karl Kautskys Manuskript des allgemeinen Teils des Erfurter Programms mit Eduard Bernsteins Korrekturen, in: BzG, 1/93, S. 51ff.
- 5) Georg von Vollmar: Reden und Schriften. Ausgewählt und eingeleitet von Willy Albrecht, Berlin-Bonn-Bad Godesberg, 1977, S.181. (=Internationale Bibliothek, Bd.92).
- 6) Sieht man davon einmal ab, daß es 1969 in der DDR kaum möglich war, nach einer stringent marxistisch-leninistischen Analyse des Bernsteinschen Revisionismus auch noch die Frage zu untersuchen, ob er nicht daneben richtige Probleme benannt und Fragen aufgeworfen hatte, so bietet das Buch 'Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland' immer noch eine hervorragende Lektüre. Vgl.: Bd. 1/2, Berlin 1969, bes. S.290 -351.
- 7) Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 2, Berlin 1966, S. 456ff.
Es sei hier angemerkt, dass in der 'Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945', die ich zu verantworten habe, dieser Fakt zu Bernsteins Wirken im Gegensatz zur parteioffiziösen achtbändigen Geschichte der Arbeiterbewegung immerhin positiv angemerkt wurde.
- 8) Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Weimar 1919, S.405 und S.241: "Wels meinte, was man jetzt sähe, das heißt die Friedensforderungen, die von den Gegenmächten an Deutschland gestellt werden, bewiesen die Richtigkeit der Politik des 4.August. Nein, wertere Genossen, wenn für diese Politik keine besseren Argumente geltend gemacht werden können, dann steht es recht schlimm um sie. Was wir jetzt vor uns sehen, das ist das Ergebnis von 41/2 Jahren Krieg, der geführt wurde mit Mitteln, welche die Partei zu Teil selbst verdammt hat, und von dem die Partei selbst zugibt, dass die deutsche Regierung im Jahre 1914 zum mindesten in hohem Grade für sie verantwortlich sind....Ich will niemanden zu nahe treten. Ich will vor allen Dingen, und habe es niemals getan, niemanden, der anders darüber denkt als ich, den guten Glauben bestreiten. Aber für meine Person kann ich heute nur wiederholen, was ich schon im Herbst 1914 in einer Vertrauensmännerversammlung in Berlin erklärt habe: für mich ist der 3. und 4. August 1914 der schwärzeste Tag in meinem ganzen politischen Leben. (Vereinzelt Bravo!) Nach meiner Auffassung war unsere Abstimmung damals ein Unheil, ein Unheil für unser Volk, ein Unheil für die Kulturwelt. Hätten wir nein gesagt, wozu wir das gute Recht gehabt hätten nach allem, was wir sahen, oder hätten wir uns, worauf die damalige Regierung vorbereitet war, der Stimme enthalten, wäre es dem deutschen Volke wahrhaftig nicht schlechter gegangen, als es ihm heute geht. Nur wären Millionen Menschen weniger gefallen und Millionen weniger verkrüppelt worden. (Große Unruhe und Beifall)".

Traditionen der Arbeiterbewegung

- 9) Eduard Bernstein, Der Sozialismus einst und jetzt, S.10.
- 10) Zu einer zentralen Frage sozialistischer Programmatik, erstmals durch Bernstein aufgeworfen, der Wirtschaftsdemokratie, habe ich an anderer Stelle geschrieben und auf die Bedeutung des SPD-Programms von 1989 hingewiesen. (Vgl. Heinz Niemann: Zur Idee der Wirtschaftsdemokratie in den historischen Programmdebatten der nicht-kommunistischen Linken, In: Marxistisches Forum, Heft 26/27, Berlin Febr. 2000, S. 29 - 34.
- 11) Thomas Meyer unternahm in einem an sich sehr verdienstvollen Buch unter dem Titel 'Bernsteins konstruktiver Sozialismus' den Versuch, ein solches stimmiges theoretisches System aus den Bernsteinschen Gedankensplittern aufzubauen. Ich halte es für unzulässig, aus über Jahrzehnte verstreute und aus dem konkreten und zeitlichen Zusammenhang gerissene Äußerungen, die je nach Bedarf verwendet werden, ein schlüssiges Konzept für einen konstruktiven Sozialismus zu begründen, was der Autor indirekt selbst eingestehen muss, wenn er wiederholt von 'Zwiespältigkeiten' schreiben muß. (Vgl: Thomas Meyer: Bernstein konstruktiver Sozialismus, Berlin - Bonn-Bad Godesberg, 1977).
- 12) MEW, Bd.22, S.234.
- 13) " Wir können dem Leser, der sich für die Bedeutung des Bernsteinschen Buches und die Polemik, die es hervorgerufen hat, interessiert, nur mit allem Nachdruck empfehlen, zu der deutschen Literatur zu greifen und keinesfalls jenen voreingenommenen und einseitigen Urteilen der Anhänger der Eklektik zu vertrauen,..." (W. I. Lenin: Rezension: KARL KAUTSKY, Bernstein und das sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, in: Werke, Bd.4, S.187 - 198).
- 14) MEW, Bd.22, S.525.
- 15) Ebenda
- 16) Ebenda, S.524.
- 17) W.I.Lenin, a.a.O., S.192.
- 18) Rosa Luxemburg: Die Eroberung der politischen Macht, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd.II, S.136.
- 19) Ebenda, S.132 u. 135.
- 20) MEW, Bd.39, S.436
- 21) E.Bernsteins: Entwicklung eines Sozialisten, in: Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen, hrsg. von Felix Meiner, Leipzig 1924, S.30.
- 22) Vgl. Rosa Luxemburg, a.a.O., S.134.
- 23) Vgl. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1989, S.5, 9/10, 21, 31.
- 24) Eduard Bernstein: Die Arbeiterbewegung, Frankfurt a/Main, 1910, S.124.
- 25) Brief Bernsteins an Kautsky vom 29. Juni 1896, Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlass Kautsky, DV 375.
- 26) Eduard Bernstein: Die neueste Prognose der sozialen Revolution, Sozialistische Monatshefte, Heft 1, 1902, S.590f.

Traditionen der Arbeiterbewegung

27) Vgl. Protokoll über die Verhandlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Görlitz 1921, S. 313ff. - Vgl. auch: Heinz Niemann (Hrsg.) Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, S.102 - 107.

28) Ebenda, S. 317.

29) Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen..., a.a.O., S. 178.

30) MEW, Bd. 22, S. 441.

31) Vgl. Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S.286 – 306.

32) Neues Deutschland, 29./30. Jan. 2000 und 18./19. März 2000.

33) Vgl: Heinz Niemann, Das Ende des "sozialdemokratischen Jahrhunderts". Boxeraufstand und Balkan - Wege einer Allerweltpartei, in Neues Deutschland, 30.Apr.1999, S.14.

34) Vgl. Heinz Niemann: Pro Marxismus: Wieso fürchten Reformsozialisten so sehr das Wort Ideologie? Der kastrierte Klassiker, In: Neues Deutschland, 20./21. Sept.1997 u. Uwe-Jens Heuer: Kommentar zu einem Kommentar: Braucht die PDS ein neues Programm. Der modernisierte Marx, in: Neues Deutschland, 24./25. Mai 1997.

35) MEW, Bd.22, S. 234.

36) MEW, Bd.22, S. 235.

